



Die NPD-Fraktion wandte sich mit einem Antrag gegen die Polizeistruktur-„Reform“ 2010, die zur Ausdünnung der Polizeipräsenz im Land führt.

Seite 2



Korruption im Gesundheitswesen - leider kein Einzelfall, sondern trauriger Alltag. Die NPD wirkt dieser Entwicklung entgegen.

Seite 3



Die Nationalen forderten die Landesregierung auf, allen Kindern in Mecklenburg-Vorpommern ein Weihnachtsgeld zu zahlen.

Seite 4

Der Ordnungsruf

Kommentar



Liebe Landsleute,

die NPD-Plakate mit der Aufschrift ‚Polen-Invasion stoppen‘ dominierten im Bundestagswahlkampf 2009 nahezu die öffentliche Berichterstattung. Nach öffentlichen Aufrufen des Landesinnenministers Caffier, einem mehr als peinlichen Auftritt des Löcknitzer Bürgermeisters und Ex-Stasi-Zuträgers Lothar Meistring von Der LINKEN und vielen rechtsstaatlich zweifelhaften Manövern hatte das Greifswalder Verwaltungsgericht die Plakate ‚Polen-Invasion-stoppen‘ zunächst erlaubt, bis ihre Verwendung in der Öffentlichkeit vom Oberverwaltungsgericht Greifswald und schließlich vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verboten wurde.

Die etwa 1.050 Polen im Uecker-Randow-Kreis erfreuen sich damit auch weiterhin bester Schützenhilfe von BRD-Staatsorganen. Die einzige Kraft, die auf Identität statt Polonisierung pocht und sich gegen die schleichende Entdeutschung unserer Heimat stemmt, ist und bleibt die nationale Opposition.

Gerade die letzte Kommunalwahl bewies doch, daß die Bürger aus dem Uecker-Randow-Kreis und auch anderenorts in Mecklenburg und Pommern keine Polonisierung unserer Heimat wollen. Statt polnischer Kandidaten, wie sie beispielsweise die Kreis-CDU Uecker-Randow auf ihrer Wahlliste zur diesjährigen Kommunalwahl aufstellte, wurden vielerorts NPD-Kandidaten in die Kommunalvertretungen gewählt. Wir werden uns von den herrschenden Kräften auch künftig nicht bei der Kreativität im Widerstand gegen die zum Himmel schreiende Überfremdung unserer Heimat einschränken lassen.

Ihr Tino Müller
stellv. Fraktionsvorsitzender

Werften am Ende?

Die Schiffswerften im Land, die sogenannte maritime Schlüsselindustrie, sind in Mecklenburg-Vorpommern von ähnlicher Bedeutung wie andernorts beispielsweise die Autoindustrie. Über viele Jahre sicherten die bedeutenden Werftstandorte an der Ostseeküste Beschäftigung und das nicht nur bei den Schiffbauern selbst, sondern darüber hinaus bei den vielen oft mittelständischen Zulieferern.

Zwischenzeitlich hat sich das Bild schon kräftig gewandelt. Dem Werftenland Mecklenburg-Vorpommern droht auch an dieser Wirtschaftsfront ein brutaler Absturz. Dabei hat die Landesregierung noch im Jahr 2008 in ihrem Konzept „Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie in Me-

cklenburg-Vorpommern“ die sich abzeichnende Entwicklung völlig unterschätzt. Und auch im Jahr 2009 hielt man am Konzept fest, um dann bei den eintretenden Veränderungen Stück für Stück zurückzurudern. Was wurde den inzwischen arbeitslosen Werftarbeitern der ehemaligen Wadan-Werften nicht alles versprochen; bis zum letzten Tag spielte man mit den Hoffnungen dieser Menschen.

Als einzige Partei im Landtag hat die NPD beizeiten gewarnt, gemahnt und gefordert, die Werften zurück in deutsche Hand zu führen. Die Landesregierung ihrerseits hat ihr Handeln als Krisenmanagement verkauft. In Wahrheit ließ man sich im Fall der Wadan-Werften von halbseidenen Spekulanten aus Rußland nach allen Regeln der „Kunst“ vorführen.

Nachdem zwischenzeitlich der Aderlaß bei den Werften in Form von Entlassungen und bei den Zulieferern in Gestalt von Konkursen dramatische Züge angenommen hat, droht nun eine weitere Verschärfung der Lage. Mit einem erneuten Rettungspaket versucht das Land Mecklenburg-Vorpommern im Verbund mit Niedersachsen und dem Bund, die Werften der Hegemann-Gruppe mit Standorten in Stralsund, Wolgast und Berne (Niedersachsen) aufzufangen. Auch in diesem Fall ging mit dem drohenden Untergang eine Fehleinschätzung der Absatzmärkte, verbunden mit gravierenden unternehmerischen Fehlern einher. Wieder gleichen sich die Bilder: Mit hektischen Reaktionen wird seitens der Landesregierung zu spät versucht zu retten, was vermutlich nicht mehr zu retten ist.



Dörfer und Gemeinden erhalten

„Dörfer und Gemeinden erhalten - ländliche Infrastruktur stärken“ - unter diesem Titel hat die nationale Opposition bereits im Mai 2009 einen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt. Als erste Landtagsfraktion positionierte sie sich damit zur verheerenden Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes. Rechtzeitig wurde so vor einer einseitigen Konzentration von Finanzmitteln auf wenige „Leuchttürme“ im Land gewarnt. Denn Mecklenburg-Vorpommern ist nun einmal ein Flächenland.

Die Landesregierung wurde aufgefordert, auf jegliche Initiativen, die zur

weiteren Schwächung des ländlichen Raums führen könnten, zu verzichten. Darüber hinaus hat nach Auffassung der NPD eine finanzielle Benachteiligung von Gemeinden, die Zusammenschlüsse „von oben“ ablehnen, zu unterbleiben. Die derzeit geplante Reduzierung der finanziellen Zuwendungen für (fusionsunwillige) Gemeinden unter 500 Einwohnern bedeutet eine weitere Strukturschwächung des ländlichen Raumes.

Die Blockparteien lehnten den NPD-Antrag erwartungsgemäß ab und untermauerten damit, daß sie den bisher

gefährten volksfeindlichen Kurs auch auf diesem Gebiet fortzusetzen gedenken, womit ein weiteres Ausbluten des ländlichen Raumes vorprogrammiert ist.

Dieser bodenlosen Ignoranz stemmte sich die NPD in den folgenden Debatten um das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG) entschieden entgegen. In der 79. Landtagssitzung im Oktober 2009 wurde mittels mehrerer Änderungsanträge die Absetzung des FAG gefordert. Begründung: Nur die Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums, die im November erfolgte, könne als Grundlage eines gerecht

gestaltenden Finanzausgleichs dienen.

Anstatt sich mit den NPD-Vorschlägen ernsthaft auseinanderzusetzen, peitschten insbesondere CDU und SPD das neue FAG geradezu durch, womit sie die Handlungsunfähigkeit vieler Kommunen im Land eiskalt in Kauf nahmen.

Wenn in der nächsten Zeit ganze kommunale Strukturen zusammenbrechen, so ist es gewiß, daß die herrschenden Politiker auch dann nicht willens oder fähig sind, eine echte Kehrtwende für unser Land herbeizuführen.

Die Folgen des neuen FAG:

- ▶ der Landeshaushalt wird auf Kosten der „Kleinen“ saniert und das obwohl die enormen Soziallasten von den Kommunen nahezu allein bewältigt werden müssen;
- ▶ viele Gemeinden, Städte u. Landkreise werden ihren Pflicht- und freiwilligen Aufgaben nicht mehr nachkommen können;
- ▶ Gemeinden unter 500 Einwohner werden gezwungen sein, sich größeren Kommunen anzuschließen und ihre dörfliche Identität aufzugeben;
- ▶ der ländliche Raum und seine Infrastruktur bluten durch die Leuchtturmpolitik der Landesregierung weiter aus.

Schengen II:

Desinformation aus dem Innenministerium

Trotz ausufernder Kriminalität seit der totalen Ost-Grenzöffnung sehen die Landespolitiker keinen Grund zum Handeln. Insbesondere Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU) erklärte in der Pressekonferenz zur Veröffentlichung der „Polizeilichen Kriminalstatistik 2008“ vom 24. März 2009, „daß es ein Jahr nach dem Beitritt der Republik Polen zum Schengener Abkommen keine signifikante Änderung der Kriminalitätslage für den Bereich der Polizeidirektion Anklam gibt, die für ein Sicherheitsdefizit sprechen würde.“

NPD-Landtagsfraktion in einem Antrag die „Wirklichkeitsgetreue Auswertung der Kriminalitätsentwicklung seit Schengen II“.

Denn Tatsache ist, daß im Binnengrenzraum seit dem Wegfall der Paßkontrollen vom 21. Dezember 2007 illegale Einwanderung, Drogenschmuggel, Bandenkriminalität, Raub und Diebstahl zugenommen haben. Von offizieller Seite fehlen seitdem nicht nur verlässliche Angaben. Zahlen und Statistiken sollen eigentlich helfen, Sachverhalte auf den Prüfstand



Über den Wahrheitsgehalt dieser Aussage kann sich jeder Mecklenburger und Pommer buchstäblich vor der eigenen Haustür seine eigene Meinung bilden. Ein frühmorgendlicher Blick in die Lokalzeitung genügt, um eine Vielzahl von Berichten über regelrechte Raub und Beutezüge festzustellen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Delikte, die den hiesigen Polizeibehörden angezeigt bzw. von diesen aufgeklärt wurden. Die Dunkelziffer liegt erfahrungsgemäß weit höher.

Im Gegensatz zu dieser Schönfärberei forderte die

zu stellen. Diese sollten allerdings auch ihrerseits Prüfungen, Skepsis und Zweifeln ausgesetzt sein. Dies ist Grundlage des NPD-Antrages.

Der Musterdemokrat und Protagonist einer „wehrhaften Demokratie“, Minister Caffier, beleidigte in der folgenden Debatte den NPD-Redner Tino Müller mit dem wenig parlamentarischen Begriff „Arschloch“. Dies ist die übliche Reaktion im so genannten „Hohen Hause“, wenn die Politikaste aufgefordert wird, den Menschen endlich einmal reinen Wein einzuschenken.

20 Jahre Mauerfall

Anlässlich des 20. Jahrestages des Falls des sogenannten „antifaschistischen Schutzwalls“ beantragte die NPD eine Entschließung des Landtages, die den mutigen Einsatz jener Männer und Frauen würdigen sollte, die durch ihr entschlossenes Handeln die kommunistische DDR-Diktatur zum Einsturz brachten.

Gleichzeitig sollte der Sorge Ausdruck verliehen werden, daß es Verantwortlichen und Handlangern des SED-Unterdrückungsapparates vermehrt gelingen ist, wieder in führende Stellungen in Politik und Verwaltung zu gelangen. Zudem sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß viele Freiheitsrechte auch heute noch nicht verwirklicht sind. So werden in Mecklenburg-Vorpommern Bewerber der NPD bei Bürgermeister- und Landratswahlen entgegen dem Grundgesetz nicht zugelassen.

Darüber hinaus ging es um die Feststellung, die soziale Gerechtigkeit erst dann als hergestellt zu betrachten, wenn die Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland vollzogen ist. Die anhaltende Abwanderung aus Mecklenburg-Vorpommern muß zudem durch eine am Gemeinwohl ausgerichtete Politik gestoppt werden.



Stefan Köster, MdB

Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, erinnerte in seiner Antragsbegründung u. a. daran, wie führende Politiker noch in den Wendejahren 1989/90 der Zweistaatlichkeit Deutschlands das Wort redeten. Mit einer Mischung aus Selbstherrlichkeit, Ignoranz und Geschichtsverfälschung stimmten die Fraktionen der CDU, SPD und FDP in trauer Gemeinschaft mit der Fraktion der SED-LINKEN gegen den Entschließungsantrag der NPD.

Polizeistruktur-“Reform“ 2010

Kriminalität wird vollends Tür und Tor geöffnet

Die schwarz-rote Landesregierung beabsichtigt eine massive Reduzierung der Polizeibeamten im Land. Die jetzt noch bestehenden fünf Polizeidirektionen sollen den Plänen zufolge aufgelöst werden, an ihre Stelle ganze zwei Polizeipräsidien treten. Von heute 17 Polizei-Inspektionen werden nur noch acht übrig bleiben. Schon im Sommer 2010 soll diese Neuorganisation der Landespolizei realisiert werden – zum Nachteil sowohl der Bürger als auch der betroffenen Polizeibeamten.

Dabei wuchsen die Anforderungen an die Polizei in den letzten Jahren immens, insbesondere seit dem Wegfall der Grenzkontrollen vor zwei Jahren. Darüber hinaus durch neue Kriminalitätsfelder sowie eine ungünstige Altersstruktur des vorhandenen Personals.

Diesen Plänen rechtzeitig entgegenzutreten, war die Grundmotivation für einen NPD-Antrag mit dem Titel „Polizeistrukturreform 2010 verwerfen – Pläne zur Neuorganisation der Landespolizei aussetzen“.

Vom aktuellen Personal-konzept ist die Landespolizei ohnehin schon zur Genüge betroffen – mehr als 700 Stellen fielen seit 2001 dem Rotstift zum Opfer, weitere sollen nun folgen. Auf diesem wackligen Sockel baut eine „Reform“ auf, deren Umsetzung für die verbliebenen Beamten zu einer Arbeitsverdichtung ungeahnten Ausmaßes führen wird.

Die NPD-Fraktion forderte deshalb mit dem Antrag, jeglichen Reformentwürfen zur Neuorganisation der Landespolizei unverzüglich eine Absage zu erteilen. Die Polizeistrukturreform 2010 bezeichnen die Nationalen

als das, was sie ist: als einen weiteren Schritt auf dem Wege zur planmäßigen Verödung unserer Heimat.

Sie bedeutet überdies einen weiteren Rückzug des Staates aus seiner Verpflichtung, zum Wohle der hier im Land lebenden Bürger zu handeln. Die Nationalen hingegen sind sich der Verpflichtung eines Staates gegenüber seinem Volke bewußt – sie lehnten deshalb die Neuorganisation der Landespolizei als unreif, verfrüht und unnötig ab.



Brandanschläge in Rostock

Der Staat versagt gegenüber linker Gewalt

Die Gewalt linksextremistischer Kräfte in der alten Seestadt Rostock hat in den vergangenen Monaten ein neues Ausmaß erreicht. Bestes Beispiel ist der 13. Juli 2009, als es im „Szene-Viertel“ Kröpeliner-Tor-Vorstadt zu einer massiven Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des Landfriedens kam.

Fast entsteht der Eindruck, daß sich die roten Banditen die größte Stadt des Landes als zentrale Stelle für ihr Treiben ausgewählt haben. Die NPD-Landtagsfraktion brachte deshalb einen Antrag mit dem Titel „Linksextreme Gewaltexzesse rigoros verurteilen“ ein. Im Antrag wurde ein Beschluß des Landtages gefordert,

in dem dieser zum einen den Schulterschluss von Politikern auf kommunaler wie auf Landesebene mit linksextremen Gewaltverbrechern verurteilen sollte. Zum zweiten sollte die Landesregierung aufgefordert werden, ohne Aufschub eine Stellungnahme zu den erneuten Gewaltexzessen linksgerichteter Extremisten abzugeben.

Wie aktuell die Problematik ist, zeigt der Brandanschlag auf das Rostocker Ladengeschäft des NPD-Abgeordneten Birger Lüssow am 21. Oktober 2009 sowie in der Nacht vom 31.12.2009 auf den 01.01.2010. Doch anstatt einer Strafverfolgung, die diesen Namen auch verdient, setzen Landespolitik und offenbar auch die Justiz

weiterhin auf Dialog und Deeskalation.

So werden von den etablierten Parteien linke Terroranschläge relativiert: So sei die Grundmotivation der roten Verbrecher, gegen nationale Menschen und Einrichtungen vorzugehen, verständlich, je-

doch die Art und Weise nicht richtig. Tatsache ist, daß die antideutsche Hetze der „wehrhaften Demokraten“ jene Geister hervorrief, die sie zum Teil noch mit Steuergeld verwöhnen und die sich nun schwerlich kontrollieren lassen wollen.



Das zerstörte Ladengeschäft des Rostocker NPD-Abgeordneten Birger Lüssow.

STASIÜBERPRÜFUNG

Die damals regierten, sind schon wieder Herren...

Nicht erst seit gestern ist es so, daß die Aufarbeitung der Stasi-Überwachungen durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) vor allem in den mitteldeutschen Bundesländern von größerem Interesse ist als in den westlichen. Deshalb haben die Länderparlamente des so genannten Beitrittsgebiets die Überprüfung von Mandatsträgern auf eine Stasi-Vergangenheit durchweg durch das Abgeordnetengesetz geregelt. Danach haben die Abgeordneten die Möglichkeit, sich freiwillig auf eine solche Vergangenheit überprüfen zu lassen. Sollten sich allerdings einzelne weigern, so wäre das auch in Ordnung. Das Gesetz ist so ausgelegt, daß niemand dazu gezwungen wird. Und genau

das ist der Punkt, an dem die NPD mit einem Antrag im Parlament ansetzen wollte. Deshalb wurde der Antrag gestellt, jene Abgeordneten, die sich im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nicht einer freiwilligen Überprüfung unterzogen, von Amts wegen

überprüfen zu lassen. Anschließend sollten die Ergebnisse zumindest in amtlichen Veröffentlichungen Auskunft geben.

Vor allem das Vertrauen in den Rechtsstaat gründet sich auf die Durchsichtigkeit

politischer Prozesse und auf die Glaubwürdigkeit der gewählten Vertreter des Volkes. Die Bereitschaft, auch nach außen hin ein klares Zeugnis über die eigene Vergangenheit abzulegen, gehört ohne Wenn und Aber dazu. Und da sollten die Abgeordneten und Mitglieder des Landtages vorbildlich handeln.

Das aber ist offenbar nicht gewünscht, denn immer noch sitzen viele Altgenossen in den Parteien von CDU über SPD bis natürlich hin zu den Linken in einem gemeinsamen Boot. Wir verurteilen das, doch der NPD-Antrag wurde abgelehnt. Doch wie sagt der Volksmund so schön: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Und so kann sich Geschichte schneller ändern, als einigen Herren eventuell lieb sein dürfte.

Ein Beispiel für Landtagsabgeordnete mit Stasi-Vergangenheit ist Torsten Koplin (Die Linke). Dieser saubere Herr machte zu DDR-Zeiten unter dem Decknamen „IM-Martin“ Stasi-Karriere. Als freiwilliger Inoffizieller Mitarbeiter des MfS bescheinigten ihm seine Führungsoffiziere immer wieder eine effektive Zusammenarbeit. Quittiert wurde die Effektivität mit dem einen oder anderen Geldschein.



Atomkraft und Energiesicherheit

Auf Folgen und damit verbundene Risiken der Atomenergienutzung machte kürzlich im Landtag Michael Andrejewski aufmerksam. Grundtenor: Wir können es uns als Volk weder leisten, unkalkulierbare Schäden als Folge der Nutzung von Atomenergie hinzunehmen noch die Energiesicherheit einzuschränken. Darum müssen die Energiekonzerne verstaatlicht und die Gewinne zur Erforschung krisensicherer Energien eingesetzt werden.

Gewiß ist die Verstaatlichung kein Allheilmittel (Tschernobyl war auch ein staatliches Atomkraftwerk). Dennoch darf eine gefährliche Technologie wie die Atomkraft nicht privaten Geschäftemachern überlassen werden. Gerade im Hinblick auf die Lagerung von Atom-Abfall haben diese immer wieder die Öffentlichkeit getäuscht, wobei sie von der etablierten Politik noch Rückendeckung erfuhren. Schon deshalb muß mit der Verstaatlichung auch eine grundsätzliche Informationspolitik für die Bürger einhergehen.

Korruption im Gesundheitswesen nachhaltig bekämpfen

Zur Zeit wird in der öffentlichen Debatte wieder über die Korruption im Gesundheitswesen diskutiert. Auslöser waren diesmal Berichte über so genannte „Fangprämien“ der Krankenhäuser. Kliniken lassen dabei niedergelassenen Ärzten für „lukrative“ Einweisungen Geld- und/oder Sachgeschenke zukommen. Diese Verfahrensweise ist Kennern zufolge schon seit Jahren im deutschen Gesundheitssystem üblich. Der Straftatbestand der Bestechlichkeit bzw. der Bestechung ist in § 299 Strafgesetzbuch geregelt, findet aber auf Ärzte keine Anwendung, da nur „Angestellte oder Beauftragte eines geschäftlichen Betriebes“ bestraft werden. Die Staatsanwälte hingegen sehen die Ärzte nicht als Beauftragte der Krankenkassen.

Die Diskussion um die „Fangprämien“ beleuchtet allerdings nur einen kleinen Bereich der offenbar weit verbreiteten Korruption im Gesundheitswesen. Allerorten wäscht eine



Hand die andere: Von Betrug mit Versicherungskarten, unzulässigen Rabatten der Pharmaindustrie gegenüber Ärzten, Kliniken und Apotheken über Abrechnungsbetrug bei Heil- und Pflegemitteln, Pflegediensten sowie von Apothekern und Ärzten bei Krankenkassen bis hin zur Arzneimittelfälschung reicht die Palette der Unregelmäßigkeiten und Vergehen.

Aufgrund der besonderen Sensibilität der Öffentlichkeit beim Thema „Patientenfänger“ und Korruption im Gesundheitswesen allgemein einigten sich binnen weniger Tage die Bundesärztekammer, die Krankenhausgesellschaft und die Kassennärztl. Bundesvereinigung auf

die Einrichtung so genannter Clearingstellen. Diese Instanzen sollen zukünftig illegale Prämienzahlungen verhindern. Wie genau die Prüfstellen arbeiten wollen und wie eine Überprüfung im einzelnen praktiziert werden soll, bleibt allerdings vorerst genauso im Dunkeln wie die seltsame Geschäftemacherei im Gesundheitswesen an sich.

Um diesen Sumpf trocken zu legen, beantragte die NPD sowohl die Schaffung des Straftatbestandes der Bestechung bei Ärzten als auch die Bildung einer Antikorruptionseinheit beim Sozialministerium. Beide Vorschläge wurden abgelehnt.

Austritt aus der NATO überfällig



Für die verkrusteten Altparteien der Bundesrepublik ist die NATO eine heilige Kuh. Allein die NPD-Forderung, dieses „Verteidigungsbündnis“ zu verlassen, führte bei den BRD-Deutschen im Landtag fast zur Schockstarre. Dabei diente dieses Gebilde unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges bei seiner Gründung 1949 noch dazu, Deutschland in Mitteleuropa am Boden und die Russen möglichst weit draußen zu halten. Seit 1955 durften dann die wiederbewaffneten Westdeutschen ihren Beitrag zur „Verteidigung westlicher Werte“ leisten.

Spätestens aber mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ganz ohne Feindeinwirkung und der Teilvereinigung Deutschlands hätte man die Frage nach einem Verbleib in der NATO durchaus stellen können. Aber während die Russen ihre 340.000 Mann der „Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ aus dem ehemaligen Gebiet der DDR abzogen, wurden die nachrückenden rund 50.000 Soldaten der Bundeswehr 1995 in die Bündnisstruktur der NATO integriert.

Die NPD fordert in ihrem Parteiprogramm

unter anderem den deutschen Oberbefehl über die Bundeswehr, die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit, die Bildung eines deutschen Generalstabs und die Schaffung eines „Nationalen Sicherheitsrates“. Allein solche Begrifflichkeiten lassen NATO-Gläubigen eiskalte Schauer über den Rücken laufen.

Dabei hat die NATO spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriffen im Kosovo-Krieg 1999 ihre Unschuld verloren und die Bundeswehr durfte grundgesetzwidrig erstmalig seit Ende des Weltkrieges gegen das Ausland mitfliegen. Zwischenzeitlich ist aus der NATO für jeden ersichtlich das geworden, was es von Anbeginn war: Ein Angriffsbündnis zur Durchsetzung geostrategischer Interessen der USA, in dessen Mitte sich die Bundesrepublik, umgeben von hilfswilligen Vasallen, gern einreicht.

Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Zentraleuropa wäre ein deutscher NATO-Austritt längst überfällig. „Freiheit“ und „Demokratie“, vor allem aber deutsche Interessen, werden am Hindukusch jedenfalls nicht verteidigt.

NPD-Forderungen für Erhalt der Ostseefischerei zeigen Wirkung

Schon mehrfach wies die NPD-Fraktion im Landtag darauf hin, daß die heimische Fischereiwirtschaft durch EU-Fangquoten, Kormoranpopulation und polnische Raubfischer vor ihrem endgültigen Aus steht. Binnen drei Jahren halbierte Brüssel die Heringfangmenge für deutsche Fischer, während sich für die überfischenden polnischen Fangflotten keine entsprechenden Konsequenzen ergaben. Eine Überpopulation von Kormoranen tut ein übriges, um die Existenznöte noch zu verschärfen.

Insgesamt viermal versuchte die nationale Opposition, den Ruin der verbliebenen hauptberuflichen Ostseefischer doch noch abzuwenden. Der jüngste Vorstoß forderte ein „Notprogramm des Landes“ zur Hilfe für die Fischer. Nachdem der

NPD-Antrag von den Blockparteien zunächst abgelehnt worden war, verkündeten die Koalitionsfraktionen CDU und SPD dann, daß ein Hilfspaket des Landes von einer Million Euro für die Ostseefischerei zur Verfügung gestellt werden soll.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs äußerte zum vermeintlichen Umden-

ken der etablierten Landespolitiker:

„Die seit 2007 in den Landtag eingebrachten Forderungen meiner Fraktion – insbesondere der Antrag für ein Landes-Hilfsprogramm – schufen augenscheinlich einen Impuls, daß sich die etablierten Parteien regelrecht genötigt sahen, zu reagieren. Es bleibt jedoch un-

verständlich, wieso die vielen Initiativen der NPD nicht vom Landtag angenommen worden sind. Stattdessen spielen sich nun CDU und SPD mit ihren Hilfspaket-Plagiat zum Schutzpatron auf.

Eine Million Euro ist jedoch ungenügend, um die durch die EU-Quotierung herbeigeführten Erlösausfälle auszugleichen. Die seit 2007 kaum beanspruchten Landesmittel zur Kofinanzierung für den Europäischen Fischereifonds in Höhe von jetzt schon fast 3,9 Millionen Euro – ohne Berücksichtigung des Jahres 2009 – hätten unverzüglich als Liquiditätsgrundlage für das Hilfsprogramm bereitgestellt werden müssen. Wir werden mit kritischer Distanz darauf achten, daß die versprochenen Hilfsmaßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden.“



Der Fraktionsvorsitzende U. Pastörs im Gespräch mit einem Fischer

Deutsches Kulturgut im Land behalten!

Die Übergabe von mehreren hundert archäologischen Fundstücken und anderen Kulturgütern an das polnische Nationalmuseum in Stettin ist ein deutliches Zeichen, wie die Landesregierung und die ihr unterstellten Behörden mit dem Kulturschatz unseres Volkes umgehen.

Deutsches Kulturgut wurde zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus den Provinzialmuseen Ostdeutschlands ausgelagert und zu einem späteren Zeitpunkt in deutschen Museen West- und Mittel-

deutschlands wieder ausgestellt. Diese Evakuierungen dienten dem Schutz der Kulturgüter vor Raub und fremdem Zugriff.

63 Jahre nach dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkrieges hat das Kulturhistorische Museum Stralsund in einer „Nacht- und Nebelaktion“ dem polnischen Nationalmuseum Kunstgegenstände, zahlreiche archäologische Fundstücke hinterpommerscher Herkunft sowie Dokumente übergeben. Insgesamt handelt es sich um 200 Fundkomplexe. Damit wurde das Ziel, deutsches Kulturgut

vor dem Zugriff Fremder zu schützen und so dem deutschen Volk zu bewahren, von offizieller Seite untergraben.

Die NPD-Fraktion wandte sich frühzeitig gegen diese Vorgehensweise und forderte die Landesregierung auf, alles in ihrer Kraft stehende zu veranlassen, um den Verbleib deutscher Kunst- und Kulturgüter in den staatlichen Museen des Landes zu garantieren.

Unter fadenscheinigen Gründen wurde dieser Antrag abgelehnt und darüber hinaus traten gravierende

Wissenslücken zutage. So wurde die Übergabe an das polnische Nationalmuseum damit gerechtfertigt, daß die



Fundstücke schließlich aus Polen stammen würden. Völlig ausgeblendet wurde dabei die Tatsache, daß Teile des

heutigen Polens erst durch völkerrechtswidrige Handlungen von Deutschland abgetrennt wurden und die Fundorte eben nicht in Polen liegen, sondern beispielsweise im deutschen Pommern, in Schlesien, in West- und in Ostpreußen.

Die Erwähnung dieser Tatsachen führte zu Ordnungsrufen und machte deutlich, daß es einem gewählten Abgeordneten in einem deutschen Parlament verwehrt wird, die völkerrechtliche Situation Deutschlands in eine Diskussion einzuführen.

Hier sprechen wir!
www.npd-fraktion-mv.de

Gentechnik und die industrielle Schweinezucht in MV

In Mecklenburg und Vorpommern siedeln sich zunehmend Unternehmen mit Massentierhaltung an. Oft handelt es sich dabei um „Investoren“, die bereits in anderen Ländern so genannte Fleischfabriken betreiben. Größenordnungen von bis zu 100.000 Mastschweinen sind dabei keine Seltenheit. Die industrielle Massentierhaltung beschränkt sich allerdings nicht nur auf Schweinezucht und Schweinemast. Denn Hähnchen- und auch Rindermast entwickeln sich ebenfalls zur fabrikmäßigen Fleischproduktion.

Diese Entwicklung war bereits absehbar, als Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) sich im Namen der schwarz-roten Koalition für die Ausweitung der Fördermaßnahmen auf Großbetriebe aussprach. Interessant dabei: Eine Kleine Anfrage



Die NPD setzt sich für eine kleinteilige Landwirtschaft ein!

der NPD-Fraktion brachte die Tatsache ans Tageslicht, daß der Landesregierung keine Erkenntnisse über die tatsächlichen Zustände in Massentierhaltungsbetrieben vorliegen.

Um der Ausweitung von Massentierhaltung besonders im Bereich der Schweine-

zucht vorzubeugen, wurde die Landesregierung aufgefordert, eine artgerechte Schweinezucht mit Obergrenzen für Sauen und Mastplätze bei entsprechend tierfreundlich ausgestatteten Stallungen und gentechnikfreiem Futter auch in Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen. Außerdem

soll die Zahl der gehaltenen Schweine an die bewirtschaftete Fläche des Betriebes gekoppelt werden. Langfristig soll damit erreicht werden, daß Großmastanlagen stillgelegt werden können, wenn sie die Bedingungen nicht erfüllen.

Der Antrag richtete sich aber nicht nur gegen die Bedingungen in der Massentierhaltung. Ein weiteres Ziel war das Verwendungsverbot von Gentechnik in der Schweinezucht und das Verbot, diese Technik zu patentieren.

Mit einer kleinteiligen Landwirtschaft ließe sich ein Gegengewicht zur Globalisierung schaffen. Außerdem würden durch kleinere Betriebsstrukturen deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Antrag wurde allerdings vom „demokratischen Block“ abgelehnt.

Ausweitung des EU-Binnenmarktes ruiniert heimische Dienstleister



Neues Ungemach droht den nationalen Dienstleistungsmärkten. Hintergrund ist die EU-Richtlinie 2006/123, mit der sich der ungehemmte Zugang von ausländischen Dienstleistern zu den nationalen Märkten verbindet. Die „Dienstleistungsfreiheit“, festgeschrieben im Artikel 16 der Richtlinie, hat zur Folge, daß die Niederlassung eines ausländischen Gewerbebetriebes in Deutschland praktisch überflüssig wird, wovon besonders grenznahe Bereiche betroffen sein dürften. Die Rede ist von neuen verfahrensrechtlichen Regelungen mit dem Ziel, eine Niederlassung nicht zur Voraussetzung für die Gewährung der Dienstleistungsfreiheit zu machen.

Heimische Handwerker und Gewerbetreibende hierzu-lande werden somit einem ruinösen Unterbietungswettbewerb gerade mit polnischen Dienstleistern ausgesetzt sein. Damit ist eine Verschärfung der Konkurrenzsituation noch vor der für 2011 angekündigten EU-„Arbeitnehmerfreizügigkeit“ zu befürchten.

Die Landesregierung erwies sich einmal mehr als verlängerter Arm Brüssels. Sie brachte ein „Gesetz zur verwaltungsrechtlichen Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie in das Landesrecht M-V“ auf den Weg, womit der Neo-Liberalisierung des heimischen Dienstleistungsmarktes auch hier Tür und Tor geöffnet werden wird.

Andererseits darf dem ausländischen Dienstleister trotzdem nicht verwehrt werden, die für das Geschäft notwendigen Infrastrukturen einzurichten. Dienstleistungsunternehmen können sich gerade jene EU-Mitgliedstaaten als Firmensitz aussuchen, in denen die geringsten Kontrollen und Arbeitsrechtsstandards vorherrschen.

Wieder einmal folgte die Landesregierung damit willfährig einer EU-Weisung, die unverhohlen der Zwangseinschmelzung von Europas Völkern weiter Vorschub leisten wird. Die Parteien des „demokratischen“ Blocks winkten das Gesetz durch; einzig die NPD erwies sich wieder einmal als Wahrer nationaler Interessen.

GEN-KARTOFFEL MIT DEMOKRATISCHEM SEGEN

Nach dem Verbot der Aussaat von gentechnisch verändertem Mais wäre es nur konsequent gewesen, auch den erneuten Anbau der „Amflora-Kartoffel“ zu verbieten. Da entsprechende Initiativen von der Landesregierung nicht zu erwarten waren, hat die NPD-Fraktion dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

„Das Land Mecklenburg-Vorpommern wirbt

zwar mit dem Titel ‚Gesundheitsland Nr. 1‘ und bleibt doch im Bereich der Vorsorge vielfach untätig. Ein Verbot von Gentechnik im Lande wäre im Sinne des Verbraucher- und auch des Naturschutzes angezeigt. Aber bei diesem Thema schalten die Damen und Herren im ‚Hohen Hause‘ auf Durchzug. Dabei ist es sehr auffällig, daß der BASF-Konzern die Gen-Kartoffel mittlerweile nur noch in Mecklenburg anbauen läßt.

Wir aber wollen nicht zum Versuchslabor der Gentechnik-Konzerne werden. Dies würde dem Ruf Mecklenburg-Vorpommerns erheblichen Schaden zufügen,“ sagte der NPD-Abgeordnete Raimund Borrmann.

Da auch dieser Antrag abgelehnt wurde, kann man davon ausgehen, daß die „demokratischen Fraktionen“ die weitere Ausbreitung der Gentechnik befürworten.



Die NPD als Weihnachtsmann für deutsche Kinder

Die NPD-Fraktion spielte sich im Landtag einmal mehr als Weihnachtsmann auf und wolle ein Weihnachtsgeld für „alle deutschen Kinder in Mecklenburg-Vorpommern“ einführen. So schreite es von der Netzseite „Endstation Rechts“. Jörg Heydorn (SPD-Fraktion) stellt dort die Frage: „Warum nur für deutsche Kinder?“ und setzt nach, der NPD-Antrag sei „rassistisch“.

Es wundert uns schon sehr, daß es auf einmal verwerflich sein soll, den Kindern in MV Geschenke machen zu wollen. Noch befremdlicher ist das Schwingen der Rassisten-Keule, sobald man in Deutschland von deutschen Kindern spricht.

Was wirft man der NPD-Fraktion vor? Der Vorwurf lautet: Die NPD setze sich fortwährend für deutsche Familien ein und das sei „rassistisch“. Im Antragstext heißt es sinngemäß: 30 Euro Weihnachtsgeld für alle deutschen

Kinder in MV. Dieses Weihnachtsgeld soll für Bezieher von Sozialleistungen anrechnungsfrei bleiben. Das Erwähnen von „deutschen Kindern“ ist offenbar schon „rassistisch“. Da fragt man sich doch: „Wo leben wir denn?“

Die Weihnachtszeit ist für Familien

offt die schönste Zeit im Jahreslauf, jedoch wird es für viele immer schwieriger, den Kindern auch nur die kleinsten Wünsche zu erfüllen. Erwerbslosigkeit, Lohnkürzungen und Preisanstieg sind hier häufig die Ursachen. Das Weihnachtsgeld würde das Land etwa 6,5 Millionen Euro kosten - zu viel für „deutsche Kinder“ befanden die „Demokraten“ - Antrag abgelehnt!



„Polizeistruktur-reform 2010“
Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit!

Petitionsrecht nutzen – den Herrschenden Dampf machen!

Stirbt der Bauer, stirbt das Land!

Das FAG treibt die Kommunen in den Ruin!

www.npd-fraktion-mv.de

Immer auf dem laufenden mit den Informationsblättern der NPD-Fraktion zu aktuellen Themen in Mecklenburg und Pommern. Fordern Sie noch heute ein umfangreiches Materialpaket mit dem nebenstehenden Info-Gutschein an.

Informieren Sie sich aus erster Hand und lassen Sie nicht andere für sich denken.

Ordnungsruf?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des

Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, den ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am trefendsten.

Info-Gutschein

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21